

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>20.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Grosse Parteien</b>
Akteure	<b>Maurer, Ueli (svp/udc) BR VBS / CF DDPS, Schweizerische Volkspartei (SVP)</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1990 - 01.01.2020</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernath, Magdalena  
Bühlmann, Marc  
Hohl, Sabine

## Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Grosse Parteien, Schweizerische Volkspartei (SVP), 2003 – 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 20.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Parteien	1
Grosse Parteien	1

# Abkürzungsverzeichnis

---

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Grosse Parteien

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 03.02.2003  
MAGDALENA BERNATH

Zwei Wochen später eröffnete die SVP an ihrer Delegiertenversammlung in Biel die Unterschriftensammlung. Zur SP-Gesundheitsinitiative, welche einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien verlangt, beschlossen die Delegierten einstimmig die Nein-Parole. In seiner Rede zur Situation der Sozialwerke forderte Bundesrat Samuel Schmid, die demographische Entwicklung zu berücksichtigen. Nicht Anreize zur Frühpensionierung seien gefragt, sondern **Arbeitsmodelle für ältere Personen**, ohne aber einfach das Rentenalter zu erhöhen. Nach einem kurzen Disput zwischen Parteipräsident Ueli Maurer und dem Berner Kantonalpräsidenten Hermann Weyeneth stimmten die SVP-Delegierten dem Antrag der Waadtländer SVP zu, ein Strategiepapier zur Agrarpolitik auszuarbeiten. Weyeneth hatte eingewandt, die SVP sei kein Ersatz-Bauernverband.<sup>1</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**  
DATUM: 07.06.2011  
MARC BÜHLMANN

Indem er für seinen „modernen **Rütli-Rapport**“ zur Beschwörung der schweizerischen Unabhängigkeit keine Bewilligung eingeholt hatte, widersetzte sich der Zentralvorstand der SVP der Benutzerordnung des Rütli. Diese von der zuständigen Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) aufgestellte, rechtlich aber nicht bindende Regelung sieht vor, dass eine Veranstaltung mit mehr als 50 Personen auf der Rütli-Wiese bewilligt werden muss. Dabei wird Parteien grundsätzlich keine Bewilligung erteilt, was ein paar Wochen zuvor bereits die CVP erfahren hatte. SVP-Bundesrat Maurer, der eine Rede über General Guisan vorbereitet hatte, präzisierte, dass er seine Meinung überall ausdrücken wolle, ohne vorher um Erlaubnis zu fragen. Er widersetzte sich der Weisung und hielt den Kaderrapport wie geplant ab. Die SGG reagierte mit grossem Befremden und verlangte eine offizielle Entschuldigung. Die Regierungspartei würde ein verfehltes Beispiel abgeben und die Hemmschwelle für andere politische Gruppen senken, so etwa Rechtsradikale, das Rütli ungebührlich zu instrumentalisieren. Die SVP verweigerte eine Entschuldigung und forderte ihrerseits eine Öffnung des Rütli für Parteien.<sup>2</sup>

**POSITIONSPAPIER UND PAROLEN**  
DATUM: 20.09.2011  
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung vom 20. Juni in Altstätten (SG) forderte die SVP in einer Resolution, dass sich die Schweiz nicht an der **EU-Operation „Atalanta“** beteiligen soll. Mit der Operation „Atalanta“ werden am Horn von Afrika im Indischen Ozean Piraten bekämpft. Bundesrat Maurer sprach sich an der Versammlung gegen den sicherheitspolitischen Grundsatz „Sicherheit durch Kooperation“ aus. Kooperation bringe unweigerlich Abhängigkeit mit sich, was der staatlichen Souveränität schade.<sup>3</sup>

**PARTEICHRONIK**  
DATUM: 19.01.2013  
MARC BÜHLMANN

Vor gut 1'200 Besucherinnen und Besuchern erinnerte Nationalrat Blocher, der wie jedes Jahr Mitte Januar an der **Albisgüetli-Tagung** auftrat, dass vor rund 20 Jahren an diesem Ort die Zürcher SVP als erste Kantonalpartei den EWR-Beitritt abgelehnt habe. Das Albisgüetli sei deshalb die Wiege für Freiheit und Unabhängigkeit. Dem Bundesrat warf er eine kriecherische Haltung gegenüber den hochverschuldeten Staaten in Europa und gegenüber den USA vor, die einen Finanz- und Wirtschaftskrieg gegen die Schweiz führten. Die Tradition der Jahresveranstaltung der Zürcher SVP will es, dass der amtierende Bundespräsident an die Tagung der Zürcher Kantonalpartei eingeladen wird. Bundespräsident Maurer hatte ein Heimspiel und bezeichnete in seiner Gastrede die humanitäre Tradition als wichtigen Wegweiser für die Schweiz, deren Basis die bewaffnete Neutralität sei.<sup>4</sup>

**BUNDESRATSGESCHÄFT**  
DATUM: 29.04.2014  
MARC BÜHLMANN

Bei der Abstimmungskampagne zur Beschaffung des Kampfflugzeugs **Gripen** zeigte sich die SVP bereit, den Lead von der CVP zu übernehmen. Die CVP hatte sich von der Kampagnenführung zurückgezogen, weil sie sich über die unklare Rolle Schwedens und des Gripen-Herstellers Saab im Abstimmungskampf empörte. Parteipräsident Brunner sagte in einem Radio-Interview, dass man jetzt keine Zeit mehr verlieren dürfe. Zu einem Debakel verkam die Abstimmung dann nicht nur wegen des Erfolgs des Referendums, sondern auch, weil sich Bundesrat Ueli Maurer während der Kampagne einige „Entgleisungen“ – so die NZZ – leistete. Um aufzuzeigen, dass die alten

Kampfflugzeuge durch neue ersetzt werden müssten, stellte Maurer bei mehreren Anlässen die Frage, wie viele Gebrauchsgegenstände man denn noch im Haushalt habe, die älter als 30 Jahre seien. Bei ihm zu Hause sei das nur noch seine Frau.<sup>5</sup>

#### ANDERES

DATUM: 31.12.2014  
MARC BÜHLMANN

Wie schon 2012 fiel die **SVP** bei der **Parolenfassung** zu den eidgenössischen Volksabstimmungen durch einige Inkohärenz auf. Gleich bei vier Vorlagen, in denen SVP-Mitglieder teilweise federführend waren, kam es zu abweichenden kantonalen Parolen: Einige Mühe bekundete die SVP etwa mit der Parolenfassung zur Ecopopinitiative, die teilweise auch als Druckmittel zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative betrachtet wurde. Weil einige SVP-Mitglieder dem Ecopop-Komitee angehörten, kam es an der Delegiertenversammlung Ende August in Unterägeri zu einer Debatte, bei der sich die Gegner des Begehrens schliesslich mit 298 zu 80 Stimmen durchsetzten. Dabei wurden von der Parteispitze auch strategische Argumente vorgebracht: Wenn die SVP Ja sage und die Initiative an der Urne abgelehnt werde, dann könne das so ausgelegt werden, als wollten die Stimmbürger die Zuwanderung gar nicht begrenzen. Sieben Kantonalsektionen (AG, BL, LU, OW, SO, SZ, TI) wollten diese Argumentation allerdings nicht unterstützen und empfahlen ein Ja. Mitte Oktober beschloss der Zentralvorstand das Nein gegen die Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung und zur Goldinitiative. Im Vorfeld war gemutmasst worden, dass vor allem letztere intern zu Diskussionen geführt habe und deshalb den Delegierten nicht vorgelegt werden sollte. Offizielle Lesart war, dass man den Delegierten an der Versammlung in Rothenturm (SZ) am 25. Oktober mehr Zeit für die Debatte der geplanten Initiative zur Umsetzung von Volksentscheiden (gegen fremde Richter) lassen wolle. Insbesondere das knappe Nein des Zentralvorstandes gegen die Goldinitiative (mit 35 zu 34 Stimmen) weckte heftigen Widerstand der Initianten, die allesamt selber der SVP angehören. Ulrich Schlüer und Lukas Reimann sprachen von einem Demokratieproblem und kritisierten, dass der Antrag der JSVP, die Delegierten trotzdem abstimmen zu lassen, vom Vorstand nicht ausgezählt, sondern nur geschätzt worden sei, obwohl das Ergebnis sehr knapp gewesen sei. Der Vorstand begründete sein Nein damit, dass unverkäufliche Goldreserven im Krisenfall der Schweiz keinen Nutzen brächten. In der Tat widerspiegelten aber dann nicht weniger als 16 abweichende Sektionen (AG, BE, BL, BS, GE, GR, JU, LU, NW, OW, SH, SZ, TI, VS, ZG; NE beschloss Stimmfreigabe) die knappe Haltung in der Parteielite. Gegen das bereits Ende November 2013 gefasste Ja des Zentralvorstandes für die Abtreibungsinitiative regte sich nicht nur Widerstand bei den SVP-Frauen, die im Januar ein Nein beschlossen, sondern auch in den Kantonen Jura und Waadt, die ebenfalls ein Nein empfahlen. Die Kantone Freiburg, Genf und Graubünden beschlossen zudem Stimmfreigabe. Das Ja des Zentralvorstandes im April zur Pädophileninitiative, bei der sich insbesondere Natalie Rickli und Oskar Freysinger stark ins Zeug legten, weckte ebenfalls den Unmut der SVP-Frauen, die auch hier ein Nein empfahlen. Schliesslich tat sich die Basis schwer mit dem Nein-Entscheid des Parteivorstandes beim Gegenvorschlag zur Hausarztinitiative, wogegen in den Kantonen neun abweichende Parolen gefasst wurden (Ja in FR, GE, GL, GR, JU, LU, SH und TG; Stimmfreigabe in UR). Bei den übrigen sieben Vorlagen war sich die SVP-Familie hingegen ausserordentlich einig – insbesondere wenn es sich um linke Begehren handelte und natürlich bei der eigenen Masseneinwanderungsinitiative, bei der bereits Ende November 2013 mit 352 zu 0 Stimmen für ein Ja geworben wurde. Das Nein zu FABI war ebenfalls bereits im November des Vorjahres vom Zentralvorstand gefällt worden. An der Delegiertenversammlung Anfang April in Näfels (GL) sprachen sich die SVP-Delegierten auch deutlich für den Kauf des Kampffjets Gripen (393 zu 1 Stimmen) aus. Bundesrat Maurer bezeichnete die anstehende Volksabstimmung als generelles Votum für oder gegen die Armee. Gegen die Mindestlohninitiative wurde hingegen wie erwartet ein einstimmiges Nein empfohlen. Solche linken Anliegen – und nicht die in den Medien angeprangerte Einwanderungsinitiative – seien Gift für die Schweiz, kommentierte Parteipräsident Brunner den Delegiertenentscheid. Ebenfalls wenig umstritten waren das Nein zur Einheitskrankenkasse (mit 354 zu 9 Stimmen) und das Ja zur Gastrosuisse-Initiative (357 zu 1 Stimme).<sup>6</sup>

1) Presse vom 3.2.03. Zur Reaktion des Bauernverbandspräsidenten Hansjörg Walter (svp, TG) siehe TA, 8.3.03.

2) NLZ, 28.5.11; LT, 30.5.11; Presse vom 4.6., 6.6. und 7.6.11.

3) NZZ, 22.6.09.

4) Presse vom 19.1.13

5) BZ, 19.2.14; AZ, 28.4.14; NZZ, 29.4.14; AZ, 30.4.14

6) NZZ, 7.4.14; So-Bli, 24.8.14; AZ, NZZ, 25.8.14; Blick, 21.10.14; Lib, TA, 22.10.14; NZZ, 25.10.14; Blick, 28.10.14; AZ, LT, TA, 31.10.14; SO, 2.11.14; Blick, 5.11.14; Lib, 11.11.14